

Wortmeldungen. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen erstens über den Einzelplan 12 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7512, den Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer stimmt dem zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und Fraktion der Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/7512** mit Mehrheit **angenommen**.

Zweitens stimmen wir ab über die Finanzplanung 2014 bis 2018 des Landes Nordrhein-Westfalen. Auch hier empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss in Drucksache 16/7521, die Finanzplanung zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Fraktion der Piraten, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/7521** mit großer Mehrheit **angenommen** und die **Kenntnisnahme erfolgt**.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass die **Abstimmung** zu **Einzelplan 20**, zum **Text des Haushaltsgesetzes** und **dessen Anlagen** sowie zum **GFG**, wie mehrfach angekündigt, erst **morgen nach Abschluss aller Einzelpläne** vorgenommen wird. Die Abstimmung dazu und die Entscheidung über die entsprechende Rücküberweisung der vorgenannten Gesetzentwürfe zur Vorbereitung der dritten Lesung erfolgt dann.

Damit rufe ich nunmehr auf:

Einzelplan 02

Ministerpräsidentin und Staatskanzlei

(Ministerpräsidentin und Staatskanzlei, Landesplanung, Europa und Eine Welt, Medien)

Ich darf auf die Beschlussempfehlung und auf den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/7502 hinweisen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Jostmeier das Wort.

Werner Jostmeier (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Wir beraten jetzt, wie der Präsident gerade ausführte, den Einzelplan 02 der Ministerpräsidentin, die gerade nicht mehr da ist

(Widerspruch)

– doch, Entschuldigung, Frau Kraft! –, und der Staatskanzlei. Meine Damen und Herren, was der Kollege Dr. Optendrenk und auch der Kollege Witzel von der FDP gerade generell zum Haushalt vorgebracht haben, trifft speziell auch in vielem zu, was

wir für den Haushalt der Staatskanzlei zu sagen haben.

Die Finanzlage des Landes Nordrhein-Westfalen nimmt immer dramatischere Züge an. Die Regierung Kraft hat keinen Plan, wie sie den Haushalt und die jährliche Neuverschuldung in den Griff bekommen kann. Die sogenannte präventive Finanzpolitik hat nicht nur nichts verbessert, sondern hat vieles verschlimmert, insbesondere auch zum Nachteil der Städte und Gemeinden.

Die Regierung Kraft hat die Chance der vergangenen vier Jahre verpasst – nämlich die Chance, bei nie dagewesenen Steuereinnahmen und bei historisch niedrigen Zinsen entsprechende Haushaltspolitik zu machen. Alle anderen Bundesländer haben Schulden abgebaut. Wir haben vor wenigen Minuten vom hiesigen Finanzminister Walter-Borjans vernommen, dass er das damit verkauft, Nordrhein-Westfalen habe den sparsamsten Haushalt aller Bundesländer. Meine Damen und Herren, wer das glaubt, wird selig. Man höre sich das an.

(Beifall von der CDU)

Im Ergebnis muss Rot-Grün hier eingestehen, dass die Neuverschuldung allein für dieses Jahr auf 3,2 Milliarden € steigt. Der gesamte Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen liegt inzwischen bei über 140 Milliarden €. Und die Regierung Kraft verweigert sich seit vier Jahren beharrlich jeder grundlegenden Aufgabenkritik. Das erklärt, warum sie nicht in der Lage ist, Veränderungen bei den Ausgaben im Landeshaushalt vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, zum Einzelplan 02 der Staatskanzlei, der in den wesentlichen Ansätzen nur weitergeschrieben worden ist und bei dem sich keine innovativen Ansätze finden lassen, möchte ich zu drei Punkten konkret Stellung nehmen:

Erstens. Wir haben beantragt, bei dem Kapitel 050 – Kirchen – die Zuschüsse für die jüdischen Gemeinden, die Synagogensanierung und den Synagogenbau um 1 Million € zu erhöhen. Das hat seinen Grund darin, dass der Renovierungstau und der Renovierungsbedarf nachweisbar extrem hoch ist; das hat aber auch seinen Grund darin, dass die jüdischen Gemeinden inzwischen sehr viel mehr Geld als früher dafür verwenden müssen, dass sie ihre Gebetsstätten, ihre Häuser und ihre Synagogen zu schützen haben.

Meine Damen und Herren, ich füge auch hinzu: Wir machen das nicht nur, um einen finanziellen Engpass bei den jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen überwinden zu helfen, sondern wir machen das auch und nicht zuletzt, um angesichts dessen, was gerade in der letzten Zeit an linksextremistischen und rechtsextremistischen antijüdischen Tendenzen und Äußerungen zu hören war, ein deutliches Zeichen zu setzen: Antisemitismus hat auch bei uns in Nordrhein-Westfalen keinen Platz.

(Beifall von der CDU)

Zweitens. Nach der Haushaltssperre waren die „TatKraft“-Tage, die jetzt Praxistage heißen, der Ministerpräsidentin abgesagt worden. Nun können nach dem Haushaltsentwurf im nächsten Jahr wieder sechs „TatKraft“-Tage stattfinden. Geschätzte Kosten pro Tag für den Steuerzahler: 20.000 €. Wir sind der Meinung: Das ist für eine Imagekampagne für die Regierungschefin zu teuer.

Punkt drei: Mietvertrag für das Stadttor. Der Vertrag für das Stadttor, für die Regierungszentrale, ist von Rot-Grün zu Beginn des Jahres 1999 abgeschlossen worden. Ich weiß auch, die Verträge binden uns 30 Jahre mit der zweimaligen Option, um zehn Jahre verlängern zu können. Wir können also aus den Verträgen zurzeit nicht heraus.

Ich habe aber die herzliche Bitte, und wir von der CDU-Fraktion erwarten das auch, dass man diesen Knebelvertrag – so will ich das einmal bezeichnen – auch in Zukunft sehr gut beobachtet, und zwar vor folgendem Hintergrund:

Es ist laut Kapitel 02 010 Titel 518 01 für das Stadttor, für die Regierungszentrale, eine jährliche Miete von 3.578.000 € pro Jahr zu zahlen. Das hat der Steuerzahler jedes Jahr beizutragen. Hinzu kommen noch die Mietkosten für die Tiefgarage und die Stellplätze. Wir sind da sehr der Meinung, dass wir das beobachten und sehen müssen, dass wir möglichst schnell, wenn es denn vertraglich geht, aus diesen Verträgen herauskommen.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, bei diesen Zahlen und bei diesem Haushalt möchte ich mit einem Zitat von Konrad Adenauer, was er schon zu Beginn der 50er-Jahre gesagt hat, schließen: „Sozialdemokraten können nicht mit Geld umgehen.“ Das trifft auch hier zu. Wir brauchen einen Neuanfang, wir brauchen Schwerpunktsetzung und wir brauchen keine Verwaltung, die dazu noch aus unserer Sicht schlecht ist, sondern wir brauchen eine Regierung, die das Land wieder nach vorne bringt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Jostmeier. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Müller-Witt.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es hat mich doch schon sehr überrascht, Herr Jostmeier, dass Sie in den Beratungen des Hauptausschusses keinen einzigen Antrag eingebracht haben. Offensichtlich ist Ihnen der Hauptausschuss es nicht wert, Anträge zu beraten. Das heben Sie sich für die letzte Debatte auf. Ich finde, diese Missachtung des Hauptausschusses sollten Sie künftig lassen.

(Beifall von der SPD)

Der vorliegende Antrag zum Einzelplan 02 der Ministerpräsidentin wird, abgesehen von einigen systematischen Veränderungen, auf gleichem Niveau fortgeschrieben wie in den vergangenen Jahren. Er ist, kurz gesagt, ein Beispiel solider Haushaltspolitik.

Der Haushaltsplan bewegt sich in etwa wieder auf dem niedrigen Niveau der Jahre vor 2005. Damit signalisiert er eindeutig den sparsamen und verantwortungsvollen Umgang mit den finanziellen Ressourcen und fügt sich nahtlos in eine Linie ein, die den Gesamthaushalt kennzeichnet. Aber ich will nicht so lange über den Gesamthaushalt reden, wie Sie es getan haben. Ich glaube, wir sollten uns jetzt den Einzelplänen widmen.

Der Ansatz für die Gesamtausgaben in Kapitel 02 010, also die Ausgaben für den Bereich der Ministerpräsidentin, ist weiter reduziert worden. Dagegen ist zu begrüßen, dass der Empfehlung des Rechnungshofs gefolgt wurde und Dienstfahrzeuge künftig nicht mehr geleast werden – trotz einer damit verbundenen einmaligen Ausgabensteigerung für diesen Haushaltsansatz. Ob sich das künftig auch noch so sinnvoll rechnet, wird sich zeigen, denn auch die Zinsentwicklung wird nicht ewig so bleiben, wie sie derzeit ist.

Die für die Erdung von Politik im Allgemeinen und der Landespolitik im Besonderen erfolgreichen „TatKraft“-Tage werden im kommenden Jahr nach der Pause, die der Haushaltssperre geschuldet war, fortgesetzt. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Im Gegensatz zu den zahlreichen aufwändigen Repräsentationsveranstaltungen, die in der Vergangenheit nur einem geschlossenen elitären Kreis zugutekamen, bieten die „TatKraft“-Tage einen barrierefreien Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern. Und für den Kontakt mit der Ministerpräsidentin wird keine Kompensation durch Parteisponsoring gefordert.

Ein besonderes Augenmerk verdient beim Einzelplan 02 der Ministerpräsidentin ohne Zweifel das Erfolgsmodell der institutionellen Förderung der KlimaExpo.NRW. Mit diesem Projekt wird die richtungweisende Marke verankert. NRW setzt seinem Anspruch als Fortschrittsmotor ein sichtbares Zeichen. Leistungsschau und Ideenlabor – das sind die Ansprüche, die die KlimaExpo erfüllen soll.

Nach dem Startschuss im Juni dieses Jahres kann man die ersten Schritte sehen – seien es der Bau des SmartFactory in Ostwestfalen oder auch in Gelsenkirchen das neue „Stadtquartier Graf Bismarck“. Wer hier bauen möchte, muss die aktuellen gesetzlichen Limits für den Energiebedarf der Häuser um 30 % unterbieten. Die neuen Hauseigentümer nehmen dieses anspruchsvolle Energiekonzept gerne an und bauen noch ambitionierter. Dies sind nur zwei Beispiele der ständig wachsenden Projekte.

Mit der Verankerung im Haushalt der Ministerpräsidentin wird die besondere Bedeutung dieses Projektes noch einmal unterstrichen. Die KlimaExpo.NRW ist Chefin-Sache.

Abschließend ist festzustellen: Die Haushaltsansätze im Einzelplan 02 der Ministerpräsidentin sind moderat. Sie fügen sich in das Gesamtbild des Haushalts ein. Sie leisten einen Beitrag zur Konsolidierung des Gesamthaushaltes. Deshalb ist für uns die logische Konsequenz die Zustimmung zu diesem Einzelplan. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Müller-Witt. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Haushalt Staatskanzlei, Ministerpräsidentin, das heißt auch Haushalt Landesplanung. Landesplanung ist fachübergreifend; überkommunal sollen in einer Zusammenschau erwünschte Entwicklungen gefördert und unerwünschte verhindert werden. Meine Damen und Herren, das Land ist überplant. Es geht um Modifikation und um keine grundsätzliche Neuplanung.

Es ist richtig, hier werden Probleme aufgezeigt: demografischer Wandel, Globalisierung, Fachkräftemangel, Klimaänderung. Aber, meine Damen und Herren, es werden auf 137 Seiten Probleme problematisiert, jedoch zu wenig integrierte Lösungswege aufgezeigt: Wie macht man es möglich?

Wenn es richtig ist, dass eine gesunde Wirtschaft Grundlage für unseren Wohlstand, Grundlage für Wohlfahrtsleistungen, Grundlage für Bildungsfinanzierung, Gesundheitsfinanzierung usw. ist, dann frage ich mich: Wo bleibt in diesem Landesentwicklungsplan die Aussage „Ja zum Wirtschafts- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen“? Und wie stärken wir unseren Wirtschaftsstandort?

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wo wird der Weg aufgezeigt, den Logistikstandort Nordrhein-Westfalen zu stärken? Im Verkehrsausschuss sind wir uns einig: Die Verkehrswege sind chronisch unterfinanziert. Die Brücken in Duisburg A40, Leverkusen A1 drohen ins Wasser zu fallen. Die Investitionen in die Verkehrswege sinken statt deutlich gegenüber Schwarz-Gelb zu steigen. Ein völlig falsches Signal wird gesandt.

Wir fordern zu Recht, Frau Ministerpräsidentin, in Berlin Hilfestellung für unsere Verkehrsinfrastruktur – völlig zu Recht. Das Signal, das wir nach Berlin senden, heißt aber: Wir haben eigentlich genug Geld. Wir erhöhen die Förderung des Radwegausbaus von 10 Millionen € um eine Million auf 11 Milli-

onen €. Unsere Brücken fallen ins Wasser; Radwege sind schön, aber nicht zielführend. Straßen sind keine Rückzugsräume. Nein, meine Damen und Herren, das sind die falschen Signale zur falschen Zeit.

(Beifall von der FDP)

Zweitens: Energieland Nordrhein-Westfalen. Wenn es richtig ist, dass Energie eine Schlüsselfunktion für unseren Wirtschaftsstandort hat, dann muss man sagen: Im Land Nordrhein-Westfalen, im Energieland Nummer eins, brennt der Baum mit einer Menge schädlicher Emissionen, schädlicher Auswirkungen.

Garzweiler IV: Nach Deutschland Kohle exportierende Länder klatschen in die Hände, wenn wir uns die Möglichkeit nehmen, selbst wenn wir es wollten, Braunkohle langfristig orientiert abgesichert zu fördern. Das hat Preiserhöhungen zur Folge, die wir alle hier zu tragen haben.

Fracking: Fracking könnte eine Verringerung der Importabhängigkeit auch von Gas aus Russland bewirken. Sie hier in diesem Haus aufseiten der Koalition problematisieren, polemisieren. Sie unterstellen nicht vergleichbare Verhältnisse in den USA als Apokalypse in Nordrhein-Westfalen, statt aufzuklären und zu sagen: Wir haben hier völlig andere Umweltvorschriften. Wir haben mehrere Hundert Mal in Deutschland gefracked – ohne negative Umweltauswirkungen.

Dann wäre es zumindest sinnvoll und übergreifend tragbar, wenn wir verantwortungsbewusst sagen würden: Ja zu Erkundungsbohrungen, Ja zur technischen Prüfung von Fracking in Deutschland.

(Beifall von der FDP)

Auf Feinstaub, erneuerbare Energien, Vereinfachung des Emissionshandels statt Aufsattlung mit Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz, Stromsteuer, Öko-steuer will ich nicht näher eingehen. Wenn wir in Nordrhein-Westfalen zusammenstehen würden, könnten wir über den Bundesrat eine Menge bewirken.

Meine Damen und Herren, die Vernetzung von Industriestandorten ist in einem so hochverdichteten Land wie Nordrhein-Westfalen eine Existenzgrundlage. Deswegen sind Pipelines notwendig. Wenn das Gerichtsurteil zur CO-Leitung bestätigt, dass die Betriebssicherheit und die Trassenführung verantwortbar sind, wenn bemängelt wird, dass wir im Landtag ein Gesetz beschlossen haben, das Rohrleitungsgesetz, bei dem wir das Allgemeinwohl nicht hinreichend begründet haben – wir haben die Arbeitsplatzsicherheit als wesentliches Element eingeführt; das muss weiter vertieft werden –, dann frage ich mich bei einem solch wichtigen Thema: Frau Ministerpräsidentin, wo bleibt die klare Meinungsäußerung der Landesregierung dazu? Wo bleibt das Ja der Landesregierung zur Arbeitsplatzsicherung,

zur Vernetzung von Industriestandorten hier in Deutschland, hier in Nordrhein-Westfalen?

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, damit wir uns richtig verstehen: Ich habe überhaupt kein Verständnis für die Industrie, die sich aus Geheimniskrämerei nicht koordiniert zusammenfinden kann, um breite Leitungskorridore nicht nur über die Landesplanung politisch, fachlich und planerisch zu sichern, sondern auch finanziert tatsächlich verfügbar zu machen. Hier provoziert die Industrie selbst Widerstände vor Ort, wenn sie jedes einzelne Verfahren, jede einzelne Pipeline mit einem eigenen Raumordnungsverfahren plant und dann durchsetzt und baut. Hier ist viel mehr Koordination innerhalb der Industrie gefragt.

Mit diesem Landesentwicklungsplan, der die Zukunft des Landes bestimmen soll, wird das Planungssystem auf den Kopf gestellt. Statt unterschiedliche Problembereiche grundsätzlich gleichberechtigt in Zusammenschau miteinander abzuwägen und einem Gesamten zuzuführen, wird hier das System mit Klimaschutzgesetz und Klimaplan systemwidrig auf den Kopf gestellt – mit Argumenten, die zudem noch falsch sind.

Es ist richtig, Umweltschutz ist grenzüberschreitend, Klimaschutz ist weltweit. Deswegen ist es folgerichtig, zu beachten, dass wir im Bereich des Emissionshandels über eine europäische Komponente reden. Das, was wir mit einem Klimaschutzgesetz – vermeintlich guten Willens – in Nordrhein-Westfalen einsparen, kann andernorts kostengünstig emittiert werden.

Wir verlangen von unserer Industrie, bis 2020 eine Emissionsminderung von 40 % einzuhalten, während Europa sagt: 2030. Was bedeutet das? Zehn Jahre verlangen wir von unserer Industrie Wettbewerbsverzerrungen nicht nur kostenmäßig hinzunehmen, sondern wir nehmen aus ideologischen Gründen auch Arbeitsplatzverlagerungen hin. Gut-mensch zu sein ist schön, bewirkt aber nichts, weil wir anderen ermöglichen, das, was wir einsparen, zusätzlich in die Luft zu pusten.

Frau Ministerpräsidentin, 4.000 bis 5.000 Seiten Stellungnahmen sind zu diesem Entwurf des LEP eingegangen. Werden diese Anregungen wirklich ergebnisoffen aufgegriffen, oder sucht man nur nach einer Bestätigung der eigenen Konzeption, um sie durchzuboxen? Ich kann nur sagen: Menetekel sind an der Wand – Diskussionen über Thyssen-Krupp, Genforschung wandert ab, EON, RWE, Entlassungen bei Sachtleben von Huntsman. Was muss noch passieren, damit wir sagen: Ja, wir müssen nicht sagen, warum etwas schwierig ist, sondern wir müssen sagen, was möglich ist und wie es möglich ist. Darum geht es und um nichts anderes.

Deswegen lehnen wir den Haushalt in diesen Punkten ab, weil Sie dieser Aufgabe nicht gerecht werden. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den Inhalten des Landesentwicklungsplans wird gleich mein Kollege Herr Goldmann noch Ausführungen machen. Aber eines kann ich mir nicht verkneifen: Die FDP hat, sobald sie eine Regierung verlässt, so einen Durchzug im Hirn, dass sie nichts mehr von dem behält, was sie selbst mal beschlossen hat. Das finde ich schon abenteuerlich, Herr Kollege.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein Beispiel, um das zu untermauern: Sie haben doch schärfere Klimaschutzziele mit der CDU in Nordrhein-Westfalen beschlossen, als Sie sie jetzt der Landesregierung vorwerfen. Wie abenteuerlich ist das denn, Herr Kollege?

(Holger Ellerbrock [FDP]: Können Sie nicht lesen?)

– Ja, ich kann nicht lesen, das stimmt.

Ich komme zu dem zurück, was Herr Kollege Jostmeier gesagt hat. Er hat schon im Ausschuss eher eine Haushaltsgeneraldebatte geführt, als zum Einzelplan 02 zu reden. Das haben wir vorhin in der Generaldebatte vorgetragen. Ich suche mir den Punkt „Kommunen“ heraus, weil wir den Rest eben besprochen haben.

Als die CDU Nordrhein-Westfalen regiert hat, haben die Kommunen keinen Anteil an der Grunderwerbsteuer bekommen, und sie haben auch eine Befrachtung im GFG gehabt. Das kostete die Kommunen jährlich 400 Millionen €.

Sie haben den Kommunen ein Einheitslastenabrechnungsgesetz vorgelegt, das die Kommunen um 150 Millionen € pro Jahr schlechter stellt, als das jetzt der Fall ist.

Sie haben eine Kita-Finanzierung vorgelegt, die die Kommunen um 150 Millionen € schlechter stellt, als das jetzt der Fall ist.

Sie haben anders als wir keine Änderungsanträge in Bezug auf die Flüchtlinge vorbereitet, wo 40 Millionen € als schlichte Entlastung der Kommunen bei den Sätzen vorgesehen sind.

Dann zu behaupten, wir würden bei den Kommunen rauben und nicht rot werden, Herr Kollege Jostmeier, ist nur Ihnen möglich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte zu ein paar Punkten kommen, die in diesem Jahr schon von hohem Belang waren. Wir haben das Thema „Erinnerungskultur“ im Hauptausschuss sehr intensiv diskutiert. Wir haben anlässlich „75 Jahre Zweiter Weltkrieg“ unter anderem die Reise nach Polen und Tschechien vorgenommen. Auch „100 Jahre Erster Weltkrieg“ sind in diesem Jahr zu gedenken. Mich hat diese Reise schwer beeindruckt. Wir werden sie sicher an geeigneter Stelle noch intensiver auswerten.

Insofern fand ich es ein gutes Zeichen, dass die CDU-Fraktion beim Einzelplan 07, was den Teilbereich Erinnerungskultur anbetrifft, mitgestimmt hat. Ausdrücklichen Dank für den Bereich!

Aber andererseits will ich dann auch zu dem zurückkommen, was die CDU dann haushaltspolitisch immer wieder vorlegt. Sie fordern, 15 %, also drei Mal 5 % seit Vorlage Ihres Vorschlages, bei den Förderprogrammen einzusparen. Also müssten beispielsweise im Einzelplan 07 dann auch bei Erinnerungskultur und bei anderen Feldern erhebliche Kürzungen vorgenommen werden.

Ich habe mir das mal für die Film- und Medienstiftung angeguckt. Die bekommt 12 Millionen €. Also müssten dort 1,8 Millionen € abgesetzt werden. Dazu haben Sie keinen Vorschlag gemacht.

Wir als SPD und Grüne haben aber etwas anderes gemacht. Wir haben einen Änderungsantrag vorgelegt, der wieder 750.000 € mehr für die Film- und Medienstiftung vorsieht. Wir haben uns darüber lange unterhalten. Aber die Film- und Medienstiftung ist im Filmland Nordrhein-Westfalen – Sie reden das Land ja immer gerne schlecht – eine wichtige Aufgabe, die bundesweit und zum Teil im europäischen Kontext betrachtet wird.

Wir haben in Essen Gott sei Dank eines der schönsten Kinos in Deutschland, die Lichtburg, die in den 90er-Jahren mit viel Bürgerwillen erhalten worden ist und dann auch durch die rot-grüne Landesregierung Anfang dieses Jahrtausends saniert und renoviert wurde. Das ist eines der schönsten Kinos, in dem wir uns viele dieser Premieren, die auch auf Basis der Film- und Medienstiftung möglich geworden sind, ansehen können.

Ich kann Ihnen sagen: Das ist hoch beachtet, dass das gemacht worden ist. SPD und Grüne haben da wieder einen wichtigen Schwerpunkt in ihrer Politik vorgelegt, anders als die CDU das macht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich wurde – Herr Jostmeier hat das hier nicht getan – im Ausschuss nicht inhaltlich an dem Einzelplan Kritik geübt, sondern die Regierungspolitik im Allgemeinen kritisiert. Das haben Sie sich heute Gott sei Dank erspart. Deswegen, glaube ich, ist das für die Elefantenrunde in der dritten Lesung vorbehalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 02 ist in wesentlichen Teilen überrollt worden. Die CDU hat dazu keine Bemerkungen gehabt. Wir haben einen wichtigen Punkt mit der Film- und Medienstiftung vorgelegt. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu diesem Einzelplan.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Nun spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Ich hatte damit gerechnet, dass auch noch die Piraten sprechen würden.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Ich rede zum Europablock! Ich dachte, Sie wissen Bescheid! Entschuldigung!)

– Dann: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eben schon gesagt worden, dass sich der Einzelplan der Ministerpräsidentin in quantitativer Hinsicht bezogen auf die Veränderungen im Stellenplan bei den Haushaltsansätzen 2015 durch Kontinuität auszeichnet. Ich würde nicht gerade von deflationären Tendenzen sprechen, aber wir können feststellen, dass es nur bei den Besoldungen zwangsläufige Ansatzserhöhungen gibt und, Herr Jostmeier, bei den Dotationen an die christlichen Kirchen und an die jüdischen Kultusgemeinden. Wenn hier weitergehende Vorstellungen bestehen, dann müssen wir Verträge ändern, die zuletzt im November 2013 abgeschlossen worden sind. Insofern stehen weitere Verhandlungen aus, um hier noch mehr tun zu können.

Abgesehen von einer Aufgaben- und damit auch Haushaltsansatzverlagerung der institutionellen Förderung des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Frau von Boeselager, wo nichts gestrichen wird, sondern eigentlich eine Adelung der wissenschaftlichen Tätigkeit dieses Instituts erfolgt, ist der Effekt das Ergebnis eines staatskanzleiintern bereits sehr diszipliniert geführten Aufstellungsverfahrens gewesen. Denn ohne die vorhin genannten beiden Erhöhungen würde der Haushalt um 1,1 % absinken.

Der Effekt spiegelt eins zu eins die Erwartungen der Ministerpräsidentin wider, gerade bei den disponiblen Ausgabesätzen Bedarf und zwingende Notwendigkeit permanent zu hinterfragen.

Dazu gesellt sich noch die nahezu hälftige Auflösung der im Einzelplan 02 veranschlagten globalen Minderausgabe. Von diesen 1,8 Millionen entfallen rund 760.000, mithin über 40 %, auf operative Mittel der Ministerpräsidentin.

Ich darf in diesem Zusammenhang erneut feststellen, dass wie schon 2014 der Einzelplan der Ministerpräsidentin auf neue Planstellen verzichtet.

Meine Damen und Herren, die Haushaltsansätze in der Titelgruppe 60 im Kapitel 02 025 für die Expo Fortschrittsmotor Klimaschutz und die Energiewende bleiben gegenüber 2014 unverändert. In dieser Titelgruppe veranschlagt ist ein jährlicher Zuschuss für die institutionelle Förderung der Trägergesellschaft für die Expo Fortschrittsmotor Klimaschutz. Dieser Haushaltsansatz ist angemessen und zukunftsweisend. Denn die Gesellschaft wird in den nächsten Jahren die Erfolge des Landes im Klimaschutz qualifiziert präsentieren, Neues in Nordrhein-Westfalen anstoßen und dabei vor allem, Herr Ellerbrock, den Industriestandort weiter stärken und den Klimaschutz als Antrieb, als Fortschrittsmotor für neue wirtschaftliche Dynamik in allen Städten, Regionen und Branchen des Landes präsentieren und zeigen, dass sich die Investitionen beim Klimaschutz auszahlen werden durch mehr Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger,

(Beifall von den GRÜNEN)

geringere Energiekosten, mehr Wachstum, Technologieführerschaft, neue Exportchancen und neue Arbeitsplätze.

Konkret hat die KlimaExpo bereits Kooperationsvereinbarungen mit Partnerregionen in Nordrhein-Westfalen geschlossen. Denn es muss für unser Land als maßgeblichem Industrie- und Fertigungsstandort innovativer klima- und umweltschonender Produkte und Prozesse auch darum gehen, diese nicht nur zu entwickeln und vor Ort einzusetzen, nein, wir wollen sie auch bundes-, europa- und möglichst weltweit bewerben.

Begleitet wird die KlimaExpo von einem hochrangig und fachkundig besetzten Kuratorium unter Vorsitz der Ministerpräsidentin. Ich freue mich, dass alle Fraktionen daran mitarbeiten und der Einladung gefolgt sind. Das zeugt für mich auch von der parlamentarischen Unterstützung der Zielsetzung der KlimaExpo.

Meine Damen und Herren, zum anderen geht es in der Titelgruppe 60 darum, in der Staatskanzlei mithilfe eines Stabes von Projektkräften und operativen Mitteln zum Beispiel für die Durchführung von Veranstaltungen und die Finanzierung von Gutachten die Energiewende – die zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung der kommenden Jahrzehnte – mit der notwendigen Expertise zu begleiten und zu gestalten.

Auch hier möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, worauf ich auch letztes Jahr schon hingewiesen habe: Der Haushaltsansatz dieser gesamten Titelgruppe, also für KlimaExpo und Energiewende, wird nicht etwa zusätzlich bereitgestellt, sondern für die Dauer der befristeten Einrichtung durch entsprechende globale Absenkungen von Haushaltsmitteln

in den Förderhaushalten des Wirtschafts-, Umwelt-, Bau- und Wissenschaftsministeriums refinanziert.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal auf die Etatansätze für Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation und Veranstaltungen im Kernkapitel 02 010 der Ministerpräsidentin eingehen. Es handelt sich um fünf Ausgabetitel, deren Gesamtansatzvolumen sich nicht erhöht.

Das ist schon im Hinblick auf die stetig steigenden Preise in vielen Leistungssegmenten, die den hier anfallenden Ausgaben zugrunde liegen, beachtlich. Denn Tatsache ist, dass die Ausgaben für Reisen, Catering, Medienerzeugnisse oder auch externe Dienstleister und Dienstleisterinnen kontinuierlich steigen. Das verdient schon an sich Beachtung, weil ein ganz wesentlicher Teil der Ansätze für das alltägliche Regierungsgeschäft, die Informationsbeschaffung, die Informationsbereitstellung an die Öffentlichkeit, für Empfänge ausländischer Staatsgäste und Besucher sowie für Veranstaltungen, wie sie alljährlich auch die Vorgängerregierungen initiiert und organisiert haben, benötigt wird. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Adventskonzert und Sommerkonzert sowie an das NRW-Fest usw.

Diesen Aufgaben entzieht sich keine Landesregierung. Wenn Sie beispielsweise in die Vergleichsansätze Bayerns, Baden-Württembergs oder anderer Länder schauen, dann stellen Sie fest, dass diese entweder absolut oder in Relation zur Größe des Landes höher als in Nordrhein-Westfalen sind.

Wir haben keineswegs den Ehrgeiz, bei den Aufwendungen für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit vorne zu liegen, aber eine angemessene Repräsentation ist für ein Land von der Bedeutung Nordrhein-Westfalens unabdingbar, nicht zuletzt auch aus Gründen des Standortmarketings.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zu der erneut angesprochenen „TatKraft“-Veranstaltung sagen. Die Kosten, die dort verbucht sind, entstehen nicht für die Arbeitseinsätze der Ministerpräsidentin, sondern für Veranstaltungen, die zum Thema des Tages stattfinden, beispielsweise – um nur eines zu nennen – zur Zukunft der Logistik oder zur Situation des Einzelhandels in Nordrhein-Westfalen. Für diese Veranstaltungen müssen Räume angemietet werden, und es wird ein bescheidenes Catering mit Getränk und Brezel finanziert. Ich glaube, das ist völlig angemessen für diese Art des Kontaktes mit der Bevölkerung einerseits und mit betroffenen Akteuren in der Wirtschaft und Experten andererseits.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe nicht allzu viel Sprechzeit, muss aber ganz viele Themen abhandeln. Deswegen möchte ich noch ganz kurz etwas zur Landesplanung und zum Landesentwicklungsplan sagen.

Zunächst möchte ich Folgendes feststellen: Der Landesentwicklungsplan dient der Flächenvorsorge

und nicht der Infrastrukturentwicklung oder der finanziellen Förderung von wirtschaftlicher Entwicklung.

Sie wissen es: Das Kabinett hatte diesen Planentwurf in ein sechsmonatiges Beteiligungsverfahren gegeben, in dem der Landesplanungsbehörde Stellungnahmen von Gebietskörperschaften, Verbänden, Firmen und Bürgern übergeben werden konnten. Es wurden ca. 1.400 Stellungnahmen mit 11.000 einzelnen Anregungen und Bedenken eingereicht. Die Landesregierung hat diese Stellungnahmen auf der Internetseite veröffentlicht. Somit ist es allen – Ihnen als Abgeordneten ebenfalls – zugänglich.

Nun ist es aber notwendig, dass diese 11.000 Änderungsvorschläge ausgewertet, bewertet und aufbereitet werden, um daraus Konsequenzen zu ziehen.

Herr Ellerbrock, es tut mir leid, aber Sie können nicht auf der einen Seite die Landesregierung kritisieren, sie habe kein Konzept, und auf der anderen Seite sofort den Verdacht äußern, man wolle diese Stellungnahmen möglicherweise gar nicht ernst nehmen, sondern sich am Ende nur wieder in die Richtung bewegen, die man ohnehin schon eingeschlagen hat.

Ich möchte noch einen Aspekt hinzufügen: Wenn als Ergebnis dieser Auswertung wesentliche Änderungen im Entwurf vorgenommen werden sollen – damit will ich sagen, dass das nicht ausgeschlossen ist –, dann ist hierzu aber ein zweites, kürzeres Beteiligungsverfahren durchzuführen. Die Landesregierung hat zugesagt, den federführenden Wirtschaftsausschuss kontinuierlich über die Fortschritte im LEP-Verfahren zu informieren.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Ellerbrock zulassen?

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Gerne. – Meine Redezeit wird hoffentlich gestoppt. Die Uhr läuft aber weiter.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Ihre Redezeit wird gestoppt.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Ministerin, Sie haben mich sowohl im Ausschuss als auch hier immer als Redner kennengelernt, der gesagt hat: Diese Wucht der Kritik in Form von 1.400 Stellungnahmen mit über 1.000 Anregungen bedarf der sorgfältigen Ausarbeitung, und das kostet Zeit. – Dafür habe ich mich überall starkgemacht.

Sind Sie denn bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich in meinem Redebeitrag lediglich darauf hingewiesen habe, dass dann, wenn das jetzt gehudelt wird und ganz schnell ein Neuentwurf vorgelegt wird, der Verdacht besteht, entweder man suche eine Bestätigung der eigenen Position,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

oder man brauche mehr Zeit, um ergebnisoffen abzuwägen?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Frau Ministerin.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Lieber Herr Ellerbrock, dann darf ich an diesem Punkt feststellen, dass wir uns einig sind, dass die Landesregierung bei einer sorgfältigen Auswertung der Stellungnahmen, die eingegangen sind, von Ihnen unterstützt wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch zum Bereich „Internationale Angelegenheiten – Eine Welt“ möchte ich einige wenige Bemerkungen machen; leider lässt die begrenzte Zeit nicht mehr zu.

Wir wollen an unserer europapolitischen Arbeit festhalten und einerseits die breit angelegte und konstruktive Debatte über Europa und die Zukunft der Europäischen Union in allen Teilen der Gesellschaft intensiv fortsetzen. Wir werden aber andererseits die Arbeit der neuen Kommission in ihrer neuen Clusterstruktur, die viele Chancen bietet, kritisch-konstruktiv begleiten und nordrhein-westfälische Interessen frühzeitig einbringen. Das werden wir mit verschiedenen Veranstaltungen und Formaten tun. Insofern bin ich gespannt auf das Arbeitsprogramm der Kommission, das sie voraussichtlich am 16. Dezember vorlegen wird. Wir werden gemäß der Informationsvereinbarung zu Beginn des Jahres eine Bewertung des Programms vorlegen und daraus europapolitische Prioritäten der Landesregierung ableiten.

Ich gehe grundsätzlich davon aus, dass einige Themen, wie beispielsweise die Stärkung der sozialen Dimension oder die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, auch in 2015 von grundlegender Bedeutung sein werden. Das werden wir in unserer Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen, mit Multiplikatoren, mit den Kommunen und mit den Zielgruppen der Europaarbeit gemeinsam voranzubringen versuchen.

Ich möchte auch die wesentlichen Ziele unserer Arbeit im Bereich der internationalen Beziehungen und der Eine-Welt-Politik noch einmal unterstreichen. Sie wissen es: Im Zuge der stetig fortschreitenden Globalisierung nimmt die Pflege und Weiterentwicklung der Beziehungen zu unseren internati-

onalen Partnern einen immer größeren Stellenwert ein. Zuletzt konnten wir das sehr deutlich auch beim Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping Ende März 2014 feststellen. China ist inzwischen zum zweitgrößten Handelspartner Nordrhein-Westfalens aufgestiegen.

Dass unsere besonders enge Verbindung zu Israel auch 70 Jahre nach dem Ende der Shoah weiter gepflegt wird, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Auch hier müssen wir dazu beitragen, dass das Kennenlernen und die Beziehungen gepflegt werden, ganz im Sinne von Johannes Rau: Einen Fremden zu hassen, fällt allemal leichter, wenn man ihn nicht kennt.

Aber auch alle übrigen Beziehungen zu unseren Partnerländern werden wir auch in Zukunft pflegen.

Dass das Jahr 2015 für die Eine-Welt-Politik eine besondere Rolle spielt, wissen die Eingeweihten. Die Europäische Union hat das Jahr als das Jahr der Entwicklungszusammenarbeit ausgerufen, und auch die Ziele der Post-2015-Agenda müssen in diesem Bereich vorangebracht werden. Wir werden diese Prozesse unter anderem dadurch begleiten, indem wir Projekte in der Europawoche, die sich mit diesem Themenfeld auseinandersetzen, unterstützen werden.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss noch ein paar wenige Sätze zum Bereich „Medien“. Die Digitalisierung verändert unsere Medien und unsere Kommunikation nachhaltig. Darauf müssen und wollen wir reagieren, und daher setzen wir auch mit der Film- und Medienstiftung hier neue Akzente.

Die Kürzung, die in diesem Bereich jetzt nur noch mit 250.000 € vorgenommen wird, ist schon angesprochen worden. Sie wissen, dass ich mich damit schwergetan habe. Wir haben allerdings gesagt, dass wir ein Zeichen setzen müssen. Deshalb wollen wir auch in diesem Bereich Haushaltskonsolidierung betreiben; schließlich können wir in den nächsten Jahren mit Überschüssen aus den Rundfunkbeiträgen rechnen.

Meine Damen und Herren, meine Zeit ist um; das war ein Schnelldurchritt. Ich möchte Ihnen danken im Ringen um den besten Weg für unser Land; das zeigt sich auch in der Auseinandersetzung um den Haushalt. Ich bedanke mich für die sachliche Arbeitsatmosphäre; das ist schließlich nicht selbstverständlich. Insofern hoffe ich, dass wir auch die dritte Lesung in dieser sachlichen Atmosphäre hier im Landtag halten werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 1:24 Minuten überschritten. Das wird den anderen Fraktionen natürlich entsprechend positiv angerechnet.

Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin von Boeselager.

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Frau Ministerin, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede auch über Europa und die Eine-Welt-Politik gesprochen. Die Haushaltsansätze sind sozusagen bei null. Ich kann überhaupt keine neuen Ansätze erkennen. Aus diesem Grund ist es aus unserer Sicht tieftraurig, was dazu geliefert wurde.

Wenn ich mir überlege, dass Sie 1,42 Millionen €, die für die Eine-Welt-Arbeit vorgesehen waren, in den Wissenschaftsbereich überführen, dann frage ich mich, welchen sachlichen Grund es dafür gibt. Bisher habe ich keinen erkennen können. Das ist eine Schwächung des internationalen Engagements der Landesregierung, und das kritisieren wir.

Unsere Zuarbeit in Mpumalanga – Mpumalanga ist eine südafrikanische Provinz und Partnerregion von Nordrhein-Westfalen – ist faktisch zum Erliegen gekommen. Wir haben vor Kurzem eine Besuchergruppe von Ehrenamtlichen empfangen – der deutsche Botschafter befindet sich derzeit wohl auch in Gesprächen –, um Kontakte wieder aufzufrischen. Ich bitte Sie herzlich: Nutzen Sie diese Kontakte. Lassen Sie sie nicht einschlafen.

Das Gleiche gilt für unser Partnerland Ghana. Vor Kurzem hatten wir hier einen Partner der Steyler Mission zu Besuch. Ich bin einmal gespannt, ob Sie diese positiven Entwicklungen, die dort zu verzeichnen sind – das könnte man für das Land vertiefen –, aufgreifen.

Gleichzeitig haben Sie die Förderung von Projekten im Ausland von 220.000 € auf 50.000 € gekürzt und dafür das Promotorenmodell gestärkt. In diesem Promotorenmodell sind Leute angestellt, um ehrenamtliches Engagement – das Gott sei Dank bei vielen Menschen in NRW vorhanden ist – zu stärken.

Grundsätzlich sagen wir Ja zu diesem Promotorenmodell. Wir haben bisher aber noch keine Evaluierung des Programms erhalten. Was die Promotoren insgesamt leisten, muss regelmäßig auf den Prüfstand. Man kann nicht immer nur weiter Geld geben, sondern man muss dem Ausschuss auch einmal im Jahr vorlegen, was in diesem Promotorenmodell überhaupt passiert. Das haben wir eingefordert, da ist aber bisher nichts gekommen.

Die Arbeit für Europa und Eine Welt ist faktisch eingefroren. Das ist, denke ich, keine gute Zukunft. Sie haben es eben erwähnt: Im nächsten Jahr – und das ist ja schon bald – gibt es das Europäische Jahr der Entwicklung. In diesem Zusammenhang haben sich alle Bundesländer verabredet, – ich zitiere – „an den Durchführungen eines umfassenden Europäischen Jahres mitzuwirken und mit eigenen Überlegungen und Initiativen zu dem von der Kommission vorgeschlagenen nationalen Arbeitsprogramm

beizutragen“. Da warten wir doch mal auf Ihre Ansätze. Bisher haben wir noch nichts gehört.

Liebe Frau Ministerin Schwall-Düren, die Landesregierung bleibt auf ganzer Linie weit hinter unseren Erwartungen zurück. Der Haushaltsansatz 030 und 040 ist sozusagen ohne jede Kreativität; Verständnis und Impulse können wir nicht finden. Ich bin der Meinung, dass man auch mit knappen Mitteln vieles bewirken kann, wenn man sich für neue Ideen einsetzt. Das haben wir jedoch nicht feststellen können. Darüber sind wir sehr traurig und nehmen es zur Kenntnis.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau von Boeselager. – Für die SPD-Fraktion spricht nun der Herr Kollege Münchow.

Volker Münchow (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Frau von Boeselager, Sie haben wahrscheinlich der Ministerin nicht richtig zugehört, als sie vorhin ausgeführt hat, was wir gerade angesichts der knappen Haushaltslage in diesem Etat sowohl für Internationales, für Eine-Welt-Politik als auch für Europa tun.

Natürlich wäre es wünschenswert, dass wir einen wesentlich größeren Etat hätten. Darin sind wir uns durchaus einig. Das Problem besteht darin, dass der Landeshaushalt auf Kante genäht ist. Ich glaube daher nicht, dass wir für diesen Bereich mehr Geld erhalten können. Dennoch denke ich, dass wir eine gute Arbeit machen.

Wir reden heute über den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2015, hier zum Thema „Europa und Eine Welt“. Blicken wir einmal genau 100 Jahre zurück: Da war der Erste Weltkrieg schon im Gange. Es tobte der Große Krieg – so sagen unsere Nachbarn –, die erste Flandern-Schlacht, die im November stattfand, war gerade vorbei. Es gab Abertausende Tote – Deutsche, Belgier, Franzosen, Briten –, und das Töten und Sterben ging dann noch vier Jahre weiter.

Rund 20 Jahre später folgte ein noch viel schlimmerer Krieg: ein Massenmord mit toten Soldaten und Zivilisten, der Shoah, der Ermordung von Sinti und Roma, von Kommunisten, Sozialdemokraten, Theologen und Widerstandskämpfern und vielen anderen.

1945 war damit Schluss, und der europäische Kontinent hat scheinbar aus den jahrhundertelangen Konflikten zwischen den Nationen Europas gelernt. Deutschland und Frankreich werden dank des Einsatzes von verschiedenen Politikern – ich erinnere an Robert Schuman, an Jean Monnet, aber auch an Bundeskanzler Konrad Adenauer und Charles de Gaulle – zu Freunden und zum Motor des neuen

Europa, wie es schon Victor Hugo 1849 gefordert hat.

Europa ist heute ein zentraler Bestandteil unseres Lebens. Ohne Europa gäbe es diese lange Friedenszeit auf unserem Kontinent nicht. Europa ist das größte Friedensprojekt aller Zeiten, und das muss es auch bleiben.

Rund 2,8 Millionen € im Haushalt für Europa sind nicht viel; das habe ich gerade schon angedeutet. Daraus wird aber ein breites Angebot betreut: die Jugendarbeit, die Europaschulen, die Europawoche, vor allem aber auch die Vertiefung der Arbeit mit Benelux, mit Frankreich und mit Polen im Rahmen des Weimarer Dreiecks.

NRW wird weiterhin europaaaktive Kommunen unterstützen und Veranstaltungen mit der Europäischen Kommission durchführen. NRW liegt mitten in diesem Europa und hat vielfältigste Beziehungen zu unseren Nachbarn: wirtschaftliche, aber vor allem auch persönliche Beziehungen der Menschen in NRW zu den Niederlanden, zu Belgien, aber auch zu Luxemburg und natürlich Frankreich. Deswegen ist NRW weiterhin an einer engen Zusammenarbeit interessiert.

Ich bin stolz, dass unsere Ministerpräsidentin im November dieses Jahres als Gast zur Einweihung des Memorial de Notre-Dame de Lorette eingeladen war. Hier wird an 580.000 Gefallene des Ersten Weltkriegs erinnert. Jetzt sind die Namen auf einem einzigen langen, ellipitischen Ring der Erinnerung vereint – 580.000 Einträge von A bis Z, französische, deutsche und britische Namen.

Diese Einladung an unsere Ministerpräsidentin bedeutet eine große Geste für unser Land, zugleich ist es eine große Geste seitens der République française, wichtig für diesen Frieden und diesen europäischen Prozess.

Leider ist, wie wir alle wissen, dieser Friede in Europa brüchig. Wir haben es zu tun mit den Konflikten im Osten und der dramatischen Zunahme der Flüchtlingszahlen aus Kriegs- und Hungergebieten in Richtung Europa. Die Herausforderungen für Europa sind sehr groß.

Ich appelliere von hier aus – das ist zwar nicht unser Job als Landtagsabgeordnete, aber dennoch –, dass man diesen Konflikt in Osteuropa nicht noch aus West oder Ost anheizt. Ich denke, es wäre sinnvoll, mit ein bisschen mehr Fingerspitzengefühl an die Sache heranzugehen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass demnächst deutsche Soldaten in Polen stehen sollen, um womöglich für eine schnelle Eingreiftruppe der NATO zu agieren.

(Beifall von der SPD)

Unser Bundesland hat eine besondere Verantwortung für Europa. Es hat zugleich eine besondere Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen in unserem Land. Das ist kein regionales Problem von

Spanien, Italien oder Griechenland – das Ganze geht vielmehr auch die Slowakei an, genauso wie Finnland oder Deutschland. Es muss eine Lösung für Europa geben.

NRW ist ein Land, das immer offen für den Zuzug war. Blicken wir einmal zurück: Es gab Zuzug aus Polen und dem Osten, als das Ruhrgebiet im Zuge der industriellen Revolution zum Wirtschaftsgiganten in Europa wurde. Nach dem Krieg kamen Flüchtlinge aus dem Osten Deutschlands. In den 60er- und 70er-Jahren gab es die Zuwanderung von Gastarbeitern aus Italien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei.

Nordrhein-Westfalen hat diese Herausforderung immer gut gemeistert und die Menschen integriert. Dies wollen wir auch weiter tun und erwarten das Gleiche von unseren Partnern. NRW sorgt mit seinen Partnerschaften außerhalb Europas und mit der Eine-Welt-Strategie aus 2012 – die Ministerin hat darauf hingewiesen – dafür, dass in unseren Partnerländern und -regionen positive Entwicklungen entstehen.

NRW kann aber nicht das Bundesland sein, das – wie ein Nationalstaat – humanitäre Unterstützung für andere leistet. NRW ist ein Bundesland. Für diese Aufgaben ist in unserem föderalen System der Bund zuständig. Wir werden allerdings im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten zum weiteren Gelingen beitragen. Angesichts der Größe des Haushalts kann es sich dabei nur um einen kleinen Teil der Gesamtausgaben handeln; aber das, was wir tun, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen wir intensiv.

4,6 Millionen € gehen in den Bereich „Internationale Angelegenheiten und Eine Welt“. Das sind zwar weniger Haushaltsmittel als für 2014, Frau von Bose-lager. Jedoch befinden sich 1,4 Millionen €, die da herausgenommen wurden, in einem anderen Etat. Das heißt nicht, dass das DIE jetzt eingespart wird. Vor vierzehn Tagen konnte ich mich bei einem Besuch beim DIE davon überzeugen, dass man da eigentlich ganz zufrieden ist und dass das Thema ganz gut abgewickelt wird.

Bonn wird als Standort für internationale Zusammenarbeit und Nachhaltigkeit weiter gestärkt. Die Unterstützung für unsere befreundeten Kommunen und Länder setzen wir – mit dem Kontakt nach Ghana, Südafrika, China, Japan und Nordamerika, Israel und Palästina – weiter fort. Die internationale und Eine-Welt-Politik spielt für NRW eine wichtige Rolle, um neue Akzente zu setzen. Für ein Exportland wie NRW ist das von zentraler Bedeutung.

Ich möchte – das ist mir ganz wichtig – mit einem Zitat des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, zum Thema „Europa“ abschließen:

„Wer an Europa zweifelt, wer an Europa verzweifelt, der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen.“

In jedem Jahr findet Anfang der Sommerferien eine wunderbare Fahrt des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge statt. Einige haben daran schon teilgenommen. Ich möchte alle Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag auffordern, daran teilzunehmen. Ich kann es wirklich nur jedem ans Herz legen, dieses Thema einmal aufzugreifen und mitzufahren. Anschließend werden Sie das Thema „Europa“ durch eine ganz andere Brille sehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Münchow. – Für die FDP-Fraktion spricht der Herr Kollege Dr. Ingo Wolf.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Generaldebatte hat schon deutlich gemacht, dass wir Frei-demokraten dem Gesamthaushalt nicht zustimmen können. NRW hat bereits jetzt – nur das Saarland steht noch schlechter da – die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung. Nach Ihrer Planung kommen im nächsten Jahr noch einmal 2 Milliarden € dazu. Das ist einfach nur unverantwortlich. Das kann man nicht mittragen.

(Beifall von der FDP)

Erstens. Der Haushalt „Europa und Eine Welt“ liegt lediglich im Promillebereich; trotzdem ist aber natürlich auch im Kleinen Konsolidierung gefragt. Sicherlich gilt das nicht für Europa. Ich bin Herrn Münchow sehr dankbar, dass er sich gerade noch einmal für diese Thematik eingesetzt hat. Ich glaube, es eint uns in diesem Hause, dass wir die Wichtigkeit von Europa immer wieder herausstellen wollen.

Anders ist es beim Thema „Eine Welt“. Wir haben das in den vergangenen Jahren immer wieder kritisiert: Da werden Haushaltstitel verankert, die in ihrer Wirksamkeit mehr als zweifelhaft sind. Ich erinnere nur an das Thema „Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit“. Das wurde zu unserer Zeit auf null gesenkt. Daran sieht man, dass hier Potenzial – nämlich 270.000 € – vorhanden ist. Wenn das Land schon die Zusammenarbeit mit Mpumalanga nicht aufrechterhalten kann, fragt man sich natürlich ernstlich: Was sollen denn Kommunen auf solche Entfernungen hinweg bewirken?

Zweitens geht es um das Thema „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“. Dort ist ganz klar der Bund federführend und auch zuständig. Die GIZ macht gute Arbeit. Auch diese 250.000 € könnten guten Gewissens an dieser Stelle gestrichen werden.

Drittens. Wir haben Ihnen in den vergangenen Jahren auch das Thema „Promotorenprogramm“ immer wieder vorgehalten. Dabei geht es am Ende um 1 Million €. Die Wirksamkeit ist nicht belegt. Wenn

das Land an dieser Stelle überhaupt etwas tun wollte, dann wäre nach unserer Auffassung aktivierende Entwicklungshilfepolitik vor Ort angesagt. Bei konkreten Projekten in Bezug auf Trinkwasserversorgung, Bildung und Infrastruktur könnte man vielleicht punktuell etwas tun. Sie machen das aber lieber mit solchen Instrumenten wie dem Promotorenprogramm, wo kein Mensch am Ende belegen kann, dass hierbei etwas herausgekommen ist.

Alles in allem stelle ich fest, meine sehr geehrten Damen und Herren: Auch dieser Einzelplan ist für uns nicht zustimmungsfähig. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Herr Kollege Goldmann.

Herbert Franz Goldmann (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die grundsätzlichen Ausführungen meines Fraktionskollegen Mostofizadeh zum Einzelplan 02 der Ministerpräsidentin insbesondere um die Aspekte der Landesplanung und der Teilabschnitte Europa, Eine Welt und Europawährung ergänzen.

Noch nie in der Geschichte der Landesplanung hat eine Landesregierung einen so breit angelegten Beteiligungsprozess gestaltet, um Fragen der unterschiedlichen Nutzungsansprüche an den Raum einem konstruktiven Dialog zwischen allen Beteiligten zu unterziehen.

Es wurde nicht nur der Zeitraum für Einwendungen und Anregungen nach dem Landesplanungsgesetz auf sechs Monate verlängert, wobei selbst nach dem festgesetzten Termin eingehende Stellungnahmen Berücksichtigung gefunden haben. Insbesondere fanden die Vorstellungsrunden bei den Regionalplanungsböden und die öffentlichen Informationsveranstaltungen in allen Regierungsbezirken – das ist angesprochen worden – ihren Ausdruck in über 1.400 Stellungnahmen zum LEP-Entwurf. Davon kamen – das finde ich schon beeindruckend – weit über 600 von natürlichen Personen.

Diese Zahl ist imposant, zeigt sie doch, wie viele Gebietskörperschaften und Verbände sowie andere Institutionen sich neben privaten Personen mit der Landesplanung – zum Teil in Bezug auf Einzelfragen, zum Teil aber auch im Hinblick auf die Gesamtheit – beschäftigt haben.

Unabhängig vom Inhalt dieser einzelnen Stellungnahmen darf man an dieser Stelle durchaus einmal einen Dank an alle Beteiligten aussprechen. Das gilt auch in besonderem Maße für die Staatskanzlei als Trägerin des gesamten Verfahrens.

Bislang habe ich – Respekt – wenig Kritik gehört, dass sich die Staatskanzlei nach Ablauf der Einwendungsfrist die notwendige Zeit genommen hat, um alle eingegangenen Stellungnahmen zunächst einmal einer ergebnisoffenen Bewertung zu unterziehen und diese für die nachfolgende Ressortabstimmung aufzubereiten.

Erlauben Sie mir eine persönliche Einschätzung. Aktuell gehe ich davon aus, dass bei der Vielzahl der eingegangenen Stellungnahmen ein zweites – die Ministerin hat es angesprochen – verkürztes Beteiligungsverfahren folgen wird, bevor wir den Landesentwicklungsplan 2015 als Rechtsverordnung voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2015 werden beschließen können. Das ist zweifelsfrei später als ursprünglich veranschlagt wurde, aber es folgt dem Anspruch, dass Qualität vor Schnelligkeit geht. Das ist bei einem so komplexen Verfahren richtig und angemessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gehört nicht zu den vordringlichen Aufgaben einer Opposition, die Landesregierung zu loben. Aber dieser Beteiligungsprozesses ist beispielhaft – auch im Vergleich zu anderen Bundesländern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass später nicht alle gesetzten Ziele, Grundsätze und Erläuterungen bei allen Beteiligten auf uneingeschränkte Zustimmung stoßen werden, liegt allein schon an der thematischen Vielfalt der Landesentwicklungsplanung und den unterschiedlichen Erwartungshaltungen der davon Betroffenen. Das ist gut so, und das ist auch richtig so.

Sie werden wie ich alle oder auch nur einige der eingegangenen Stellungnahmen insbesondere der kommunalen Spitzenverbände gelesen haben. Ich bin sicher, dass sich die Landesregierung auf einem guten Weg der Interessenabwägung und des Interessenaustauschs befindet. Mit dem LEP werden sowohl die Verbände als auch die Regionalplanungsbehörden gut leben können, und – das ist viel wichtiger – gut arbeiten können.

Ich hoffe, dass wir in den anschließend zu erwartenden Diskussionen nach der Ressortabstimmung eine fachlich fundierte Auseinandersetzung führen können, die der Sache dienlich ist und die der Polemik nur wenig Platz lässt. Weder ist das Abendland in Gefahr noch wird NRW seinen Status als Industrieland verlieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Landesentwicklungsplan soll über einen Zeitraum von rund 15 Jahren den Gestaltungsrahmen vorgeben, der auf kommunaler und regionaler Ebene verbindlich und verlässlich ausgefüllt werden kann, ohne die kommunale Planungshoheit und die notwendige wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes unzulässig einzuschränken. Dieses Ziel wird die Landesregierung erreichen.

Zum Haushalt selbst: Der Einzelplan 02 weist im Haushaltsplanentwurf 2015 für die Landesplanung eine Reduzierung der veranschlagten Ausgaben um 113.400 € auf nunmehr 2,3 Millionen € aus. Wir sehen keinen Änderungsbedarf und werden daher heute unsere Zustimmung zu den Haushaltsansätzen geben.

Das gilt auch für die Kapitel „Europa“, „Eine Welt“ und „Landesvertretung Brüssel“. NRW hat als Region im Herzen Europas enorm von der europäischen Integration profitiert. Nicht aus Eigennutz, sondern zum Wohle aller hier lebenden Menschen sollten wir dafür sorgen, dass das gemeinsame Haus weiterhin Frieden und Wohlstand sichern kann.

Das Kapitel „Europa“ – das sehen Sie selbst – muss auch zukünftig mit kleinen Summen auskommen. Deswegen ist es umso wichtiger, dass die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden. Wir werden daher auch weiterhin die Europaaktivitäten des Landes wie Europaschulen und europaaktive Kommunen ebenso fördern wie die Pflege zu unseren direkten Nachbarn Frankreich, Polen und den Benelux-Staaten.

SPD und Grüne wollen einen Beitrag dazu leisten, die Welt etwas gerechter, wirtschaftlich zukunftsfähiger und nachhaltiger zu gestalten. Dies tun wir mit Maßnahmen sowohl im In- als auch im Ausland im Rahmen der Eine-Welt-Politik des Landes.

Uns ist dabei durchaus bewusst, dass das Land Nordrhein-Westfalen nicht weltweit und bei allen Krisen Hilfe leisten kann. Dafür sind in erster Linie der Bund, die EU und die UN zuständig. Aber da, wo es möglich ist, kann Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag dazu leisten, einzelne Regionen vielleicht etwas krisenfester zu machen. Dafür steht Rot-Grün.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist erfreulich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass das Kapitel „Eine Welt“ keine Kürzungen erfahren hat und dass der Spielraum für notwendige Umschichtungen, für die Stärkung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit sowie das Promotorenprogramm – auch das ist gerade schon angesprochen worden – gegeben ist. Das ist angesichts der schwierigen Haushaltslage alles andere als selbstverständlich. Die Ministerin hat es im Ausschuss erläutert: Durch die Haushaltssperre waren die notwendigen Projekte im Bereich Europa und Eine Welt nicht gefährdet – trotz Einsparungen, die generiert werden mussten.

CDU und FDP haben leider erneut ihren Worten keine Taten folgen lassen. Es gibt keine Änderungsanträge der beiden Fraktionen zu diesem Kapitel im Haushalt 2015. Diese Leistung muss man aus meiner Sicht an dieser Stelle nicht noch einmal kommentieren. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und Nadja Lüders [SPD])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Goldmann. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal! Herr Goldmann, ich darf gleich an Ihre Ausführungen anknüpfen: Von uns gibt es einen Änderungsantrag.

Die Antwort auf die europäische Krise kann nur in einer Rückbesinnung auf die Belange der Bürgerinnen und Bürger in Europa liegen. Europa muss in den Regionen nah am Bürger und direktdemokratisch stattfinden. Europa muss also insbesondere von der Landesebene mit Leben gefüllt und mit Bezugspunkten versehen werden.

Herr Münchow, Sie haben gerade Herrn Juncker mit seinem historischen Bezug zitiert, man solle einmal die Kriegsgräber besuchen, um sich über die Bedeutung Europas im Klaren zu sein.

(Zustimmung von Volker Münchow [SPD])

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit ergreifen und Herrn Juncker anraten, sich bezogen auf die Zukunft um die europäische Steuergerechtigkeit zu kümmern.

(Heiterkeit von Volker Münchow [SPD])

Das Agieren der Landesregierung in der Europapolitik ist grundsätzlich begrüßenswert. Wir halten den Haushaltsansatz im Bereich Europa wie in den Vorjahren für insgesamt gelungen.

Als größte Wirtschaftsregion innerhalb der Europäischen Union sollte Nordrhein-Westfalen die Einflussmöglichkeiten auf Brüssel in der Tat nicht reduzieren. Hier genießt Nordrhein-Westfalen als europapolitischer Akteur übrigens einen guten Ruf.

Wichtiger ist aber die Teilhabe und das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger an den europäischen Prozessen. Hier muss zum Beispiel die Arbeit des Ausschusses der Regionen transparenter gestaltet und stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Im Bereich Internationale Angelegenheiten und Eine-Welt-Politik will die Landesregierung ihrer selbst formulierten Verantwortung gerecht werden und stellt nach wie vor stabil Mittel zur Verfügung. Allerdings ist schon wie in den Vorjahren in diesen Bereichen nicht allzu viel passiert, abgesehen von der Aufkündigung der Partnerschaft mit der südafrikanischen Provinz Mpumalanga – nicht unsererseits, sondern seitens der Provinz. Mehrmals wurde im Ausschuss nachgefragt – wir werden das auch wei-

terhin tun –, wie es mit den Partnerschaften nach dem Mpumalanga-Aus weitergehen soll. Eine Antwort wäre in Bälde wünschenswert und vonnöten.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung brüstet sich damit, engagierter Entwicklungsakteur zu sein, stellt aber nur magere 20.000 € jährlich für die humanitäre Hilfe zur Verfügung, und das in Zeiten verheerender humanitärer Krisen weltweit. Dabei sind Partnerregionen wie Ghana und der Nahe Osten unmittelbar betroffen. In den vergangenen Jahren war der Einsatz der Landesregierung auch einmal höher. 2008 und 2009 lagen die jährlichen Ausgaben für humanitäre Hilfsmaßnahmen bei rund 200.000 €.

(Werner Jostmeier [CDU]: 270.000 €!)

Seit 2012 hält es Rot-Grün nicht für notwendig, mehr als den Kleckerbetrag von 20.000 € für Hilfeleistungen aufzubringen.

Wir haben daher für das Haushaltsjahr 2015 eine Mittelerrhöhung bei der humanitären Hilfe auf 200.000 € gefordert – eine moderate Forderung, die von Rot-Grün allerdings abgelehnt wurde. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sind hier ihren moralischen und politischen Verpflichtungen nicht gerecht geworden.

(Beifall von den PIRATEN)

Allein deshalb können wir dem Einzelplan 02 nicht unsere Zustimmung geben. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung hat noch einmal Frau Ministerin Schwall-Düren das Wort.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Ich will direkt mit dem Letzten anfangen. Herr Dr. Paul, in der Tat, die Landesregierung ist nicht in der Lage, in humanitären Katastrophen in großem Umfang und regelmäßig Hilfe zu leisten. Allerdings ist es so, dass sie immer in der Lage sein wird, über die 20.000 € hinaus in besonderen Fällen, wie sie das in der Vergangenheit getan hat, über den im Haushalt vorhandenen Verstärkungsansatz in Höhe von 500.000 € zu agieren. Aber es ist so, dass es nicht Landesaufgabe sein kann, diese humanitären Katastrophen überall mit unseren Mitteln abzuwenden oder zu mildern.

Lassen Sie mich aber noch einmal etwas zu der Partnerschaft Mpumalanga und Ghana sagen: Wir haben die Partnerschaft nicht aufgekündigt. Sie ist auch nicht aufgekündigt worden vonseiten Mpumalangas, aber es ist uns nicht gelungen, eine Erneuerung des Vertrages auf die Beine zu stellen.

Das heißt nicht – schade, dass Frau von Boeselager nicht da ist, weil sie das immer wiederholt, obwohl wir ständig die Information geben –, dass es keine Aktivitäten in Mpumalanga gibt. Im Gegenteil: Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sind dort sehr erfolgreich aktiv – und das mit unserer Unterstützung. Das Gleiche gilt für Ghana. Im Augenblick ist die Situation so, dass die neu gewählte Regierung wohl überlegt, wie sie wieder mit uns Kontakt aufnimmt, damit wir eine offizielle Partnerschaftvereinbarung vielleicht doch noch zustande bringen, weil sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen das wünschen. Aber wir stehen dem nicht im Wege und tun alles, damit es wieder dazu kommt.

Zum Promotorenprogramm: Das Promotorenprogramm ist evaluiert worden. Ich habe gestern den Brief unterschrieben, um Ihnen die Ergebnisse dieser Evaluation vorzustellen. Sie werden staunen, welche positive Ergebnisse dort zustande gekommen sind und welche Anregungen wir für die Zukunft bekommen. Frau von Boeselager hat angemahnt, dass auch die Landesregierung im Europäischen Jahr der Entwicklung tätig werden sollte. Das wird ein Schwerpunkt der Promotorenarbeit sein.

Lieber Herr Wolf – er ist auch nicht mehr da –, wir können hier sagen: Wir brauchen als Voraussetzung für das Leben und Handeln in der Einen Welt ein Verständnis in der Bevölkerung. Dafür muss diese Promotorenarbeit geleistet werden. Und sie kann erfolgreich geleistet werden. Wir brauchen auch eine Unterstützung für die Kommunen in ihrer kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, weil sie in der Lage sind, viel Know-how, viel Erfahrung in Partnergemeinden in der Einen Welt zu liefern. Deswegen setzen wir erfolgreich auch erneut Mittel für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ein.

Wir sind also weiter aktiv, und wir halten es für notwendig in einer Zeit, in der immer mehr Menschen deutlich wird, dass wir uns nicht raushalten können, dass es nicht nur eine Frage der internationalen Solidarität, der Humanität ist, dass wir zusammenarbeiten, sondern dass es auch eine Aufgabenerfüllung ist, die am Ende uns selber helfen wird, eine gute Zukunft für unsere Bevölkerung zu gestalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion spricht nunmehr Kollege Schick.

Thorsten Schick (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im vorliegenden Medienhaushalt gibt es keine wesentlichen Veränderungen. Deshalb möchte ich den Blick ein wenig von den Zahlen lösen und mich generell mit

der Medienpolitik in Nordrhein-Westfalen beschäftigen.

Was wir erleben, ist eine medienpolitische Havarie. Aufgrund der Kürze der Zeit kann ich nur zwei Beispiele nennen.

Erstes Beispiel: das Medienforum NRW. Früher war es der Branchentreff schlechthin in Deutschland, sozusagen das Flaggschiff der Medienpolitik. Durch die letzten beiden Reformen der Landesregierung ist es zum kleinen Beiboot der ANGA COM verkommen und zieht nicht mehr so, wie es noch in früheren Jahren war, als viele Medienschaffende sehr gern nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind.

Zweites Beispiel: Landesmediengesetz. Es taugt definitiv nicht als Best-Practice-Beispiel, sondern es ist definitiv ein „Schlecht-Practice-Beispiel“.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich möchte mit Erlaubnis des Präsidenten aus der Stellungnahme des Sachverständigen Stefan Laurin zur gestrigen Anhörung zitieren, der Folgendes gesagt hat:

„Dass das Landesmediengesetz nur wenige Monate nach seinem Inkrafttreten geändert werden muss, zeigt seine geringe Qualität. Selbst juristische Selbstverständlichkeiten wurden nicht bedacht. Dass es nach so kurzer Zeit eine Klarstellung geben muss, um die Zusammensetzung der Medienkommission rechtssicher zu machen, ist peinlich

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

und lässt am Sachverstand derjenigen zweifeln, die im einwohnerreichsten Bundesland Deutschlands mit der Formulierung von Gesetzen betraut sind.“

(Zuruf von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Herzlichen Glückwunsch, wenn man so etwas von Sachverständigen ins Stammbuch geschrieben bekommen hat.

Aber wir haben mittlerweile einige Korrekturen, die Änderungen am novellierten Landesmediengesetz festschreiben. Immerhin ist es gelungen, einen Bolzen herauszunehmen. Es war nämlich so, dass nach dem Landesmediengesetz zumindest ein SPD-Abgeordneter die Medienkommission bei der Wiederwahl hätte verlassen müssen. Das haben Sie geschafft. Also, ein Eigentor ist ausgemerzt. Herzlichen Glückwunsch dazu.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Mit so viel Rücksicht konnten die Wahlbeamten, die auch unter die Unvereinbarkeitsregeln fallen, nicht rechnen. Ich meine hier beispielsweise Hochschulrektoren oder Kirchenräte. Nach dem Wortlaut des Landesmediengesetzes sind sie draußen. Aber uns

ist dann erklärt worden, nach Auslegung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts seien sie wieder drin. Man darf aber Gesetze durchaus so formulieren, dass sie das aussagen, was man eigentlich haben möchte. Das ist nicht verboten.

Ich komme noch kurz zu meinem Lieblingsparagrafen, § 93 Abs. 5. Da geht es um die Zuwahl eines einzigen Mitglieds, das die Expertise der Medienkommission weiter vergrößern soll. Sieben Wahlgänge sind für diese Person notwendig. Drei Wahlgänge braucht man für einen Bundespräsidenten, und auch Päpste sind schneller gewählt worden, aber für dieses eine Mitglied braucht man sieben Wahlgänge. Demokratietheoretisch ist das Ganze auch noch problematisch, weil das Ordentliche Mitglied eine geringere Legitimation hat als hinterher die Stellvertreter auf der Reserveliste. Also auch da ist Murks gemacht worden.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da taucht natürlich die Frage auf: Wie kann so etwas kommen? Aber das passiert, liebe Frau Ministerin, wenn man den Medienstaatssekretär laufen lässt, der sich als Captain Ahab darstellt und nur auf der Suche nach Dr. Brautmeier ist, den er gern aus dem Amt gekegelt haben möchte.

(Beifall von der CDU)

Denn das war das Augenmerk, auf das die Landesregierung bei der Gesetzesänderung besonders geachtet hat. Da ist der Paragraph geändert worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein solches Verfahren schadet dem Medienstandort Nordrhein-Westfalen, der früher einmal führend in Deutschland war.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schick. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Vogt.

Alexander Vogt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schick, ich weiß nicht ganz, was ich mit Ihren Ausführungen machen soll.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wir auch nicht!)

Denn darin war kein Wort zum Haushalt,

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

kein Wort zum Medienland Nordrhein-Westfalen. Sie haben sich mit einem Thema beschäftigt, das wir durchaus öfter diskutiert haben. Aber auch Paragraphen im Landesmediengesetz können Sie durch Haushaltsanträge nicht ändern. Von daher, Herr Schick, finde ich es etwas merkwürdig, was Sie gerade hier abgeliefert haben.

Noch eine andere Sache. Sie haben aus einer Anhörung von gestern zitiert und einen von der CDU benannten Sachverständigen zitiert. Es gab eine Reihe weitere Sachverständige, die diesen Aussagen, die Sie gerade zitiert haben, sicherlich nicht zugestimmt hätten. Sie haben auch noch widersprochen.

Aber kommen wir zum Medienhaushalt 2015. Aktuell wurde eine Studie veröffentlicht, die JIM-STUDIE. Jugend, Information, (Multi-)Media. Diese zeigt auf, wie weitreichend die Veränderungen im Mediennutzungsverhalten der jungen Generation unter 20 sind.

Um zu verstehen, was in Zukunft zu erwarten ist und mit welchen Zielrichtungen wir Medienpolitik machen müssen, lohnt sich ein Blick in diese Studie.

Die Studie befasst sich unter anderem damit, welche Glaubwürdigkeit den verschiedenen Mediengattungen zugewiesen wird. Was denken die 1.200 Befragten über Radio, TV, Internet und Tageszeitung, und was davon nutzen sie?

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Inhalte des meist genutzten Mediums Internet am unglaublichsten eingeschätzt werden. Die Inhalte der Tageszeitungen werden hingegen als sehr glaubwürdig eingeschätzt, nur ist der Tageszeitungskonsum der Befragten am geringsten.

Diese Entwicklung ist nur ein Beispiel, in welche Richtung sich die Medienlandschaft und die Gesellschaft verändert, was natürlich auch NRW betrifft. In NRW haben wir die richtigen Weichen gestellt, um die Veränderungen zu gestalten. Dies bildet auch der Haushalt 2015 ab.

Der Bereich „Medienkompetenzvermittlung“ ist uns sehr wichtig. Hierbei sind wir in NRW gut aufgestellt. Erst vor zwei Wochen hat hier im Landtag der „Tag der Medienkompetenz“ stattgefunden, bei dem vielfältige Aktivitäten in unserem Land deutlich geworden sind. Die Beteiligung der Oppositionspolitiker, insbesondere bei der Eröffnung, ließ dabei sehr zu wünschen übrig.

Auch der Medienpass ist ein Erfolgsmodell in NRW. Der wird mittlerweile schon an 2.000 Grundschulen eingesetzt und wird auch auf weiterführende Schulen ausgeweitet. Aber nicht nur in den Schulen ist das Thema „Medienkompetenz“ ein zentrales Thema. Auch Organisationen wie die Landesanstalt für Medien und das Grimme-Institut sind auf diesem Gebiet erfolgreich aktiv. Das Grimme-Institut soll zudem seine Tätigkeiten, die Vergabe der Grimme-Preise und die Medienkompetenz erweitern und im Bereich der Forschung über den digitalen Wandel der Gesellschaft aktiv werden.

Eine weitere starke Einrichtung in NRW ist die Film- und Medienstiftung. Sie stärkt erfolgreich unseren Film- und Gamesstandort – angefangen von der

Ausbildung durch die internationale filmschule köln über Standortmarketing bis hin zur Förderung der Film- und Gamesproduktion. In diesem Zusammenhang haben SPD und Grüne auch einen Änderungsantrag eingebracht. Wir werden die Zuschüsse zur Film- und Medienstiftung NRW unter Kapitel 02 060, Titel 682 00 von 9,6 Millionen € um 750.000 € auf 10,3 Millionen € erhöhen. NRW hat damit weiterhin den größten Förderansatz aller Bundesländer.

Meine Damen und Herren, zwei deutschlandweit und international beachtete Veranstaltungen finden jährlich in NRW statt. Die eine ist das Medienforum NRW. Die andere ist die gamescom, die weltweit größte Messe für interaktive Spiele.

Sie sehen: Nordrhein-Westfalen ist weiterhin Medienstandort Nummer eins. Hier sitzen die großen Sender WDR und RTL, starke Zeitungs- und Buchverlage sowie Unternehmen aus der Games- und Telekommunikationsindustrie. Insgesamt sind in NRW über 425.000 Menschen in diesen Unternehmen tätig.

Sie sehen: NRW ist und bleibt das führende Medienland in Deutschland. Das bilden wir durch den Haushalt auch so ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Nückel.

Thomas Nückel (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die tollen Vorzüge und guten Ergebnisse im Medienland NRW, die Sie hier genannt haben, sind natürlich das Ergebnis von kräftigen Unternehmen, die wirtschaftlich ihre Hausaufgaben gemacht haben, haben aber nicht so viel mit den Leistungen der rot-grünen Landesregierung zu tun.

(Beifall von Thorsten Schick [CDU])

Rot-Grün – das haben wir gerade bei der Rede meines Vorredners gesehen – schiebt da kräftig Wolken. Ich würde einmal sagen: sprachliche Sättigungsbeilagen, garniert von einer gewissen Willen- und Ideenlosigkeit.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist doch keine Kochshow!)

Die diskutierten zunächst kräftigen Kürzungen bei der Film- und Medienstiftung tragen sicher nicht dazu bei, den Medienstandort zu stärken und sein Image zu verbessern. Die Landesregierung hatte sicherlich auch nicht mit diesem Gegenwind von der Produzentenseite gerechnet. Diesem deutlichen Protest der Produzenten und Autoren, flankiert vom Protest der Opposition, ist es aber zu verdanken,

dass die Kürzungen nun immerhin abgemildert werden.

Das negative Signal ist allerdings eindeutig. Wieder einmal sollte ein Kleinstetat als Steinbruch für ideologische Wünsche in anderen Bereichen dienen. Das geht einfach nicht. Dass dort keine Steine für das Fundament der Genesung des maroden Landeshaushalts gehoben werden können, dürfte doch eigentlich auch Rot-Grün klar sein.

In der Not der vergangenen Ausschussberatung, aber auch in der heutigen Debatte hat die Ministerin darauf hingewiesen, dass die milden Kürzungen, die immer noch da sind, durch zusätzliche Mittel aus Rundfunkbeitragsmehreinnahmen kompensiert werden sollen. Das ist die eigentliche Nebelkerze mit Sprengkraft; denn es beweist, wie die rot-grüne Landesregierung die Rundfunkbeiträge sieht: als Verfügungsmasse zur Glättung ihrer haushaltspolitischen Buckelpisten.

(Beifall von der FDP)

Das wird auch noch einmal auf die Landesregierung zurückfallen, glaube ich.

Diese Nebelkerze hat nicht gezündet. Daher wurde versucht, die Nebelkerze mit den EFRE-Mitteln zu starten. Das vering aber auch nicht; denn das konnte man den Produzenten dann doch nicht weismachen.

In anderen Bundesländern gibt es haushaltstechnisch mehr Gelder für die Filmförderung. Der Flurschaden bleibt. Darüber hinaus ist das Tor für eine Entwicklung geöffnet, in der die Film- und Medienstiftung, um die es hier ja geht, die mit vielen zusätzlichen Aufgaben versehen wurde, an Auszehrung leidet.

Das führte auch zu dem Versuch der Film- und Medienstiftung, sich beispielsweise der Förderung der Filmwerkstätten und kleinen Filmfestivals im Lande zulasten des Kulturministeriums zu entledigen. Dort wusste man aber gar nichts davon. Diese Kommunikationspanne scheint immer noch nicht aus der Welt zu sein, wie unsere gestrigen Gespräche mit den Akteuren vor Ort klagemacht haben.

Das Medienforum, das hier auch schon genannt wurde, wurde bis zur Bedeutungslosigkeit zusammengestrichen. Das Echo tendiert gegen null. Die Einladungen zur ANGA COM 2015 wurden bereits versandt. Vom Medienforum war da zunächst einmal keine Rede mehr. Als ich dann ein bisschen im Netz gesucht habe, habe ich doch einen kleinen Hinweis darauf gefunden, dass irgendwann Gespräche über die Weiterführung des Medienforums und die Kooperation geführt werden sollen. Wunderbar! Prioritäten behandelt man anders.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP] und
Thorsten Schick [CDU])

Insgesamt gibt es in der NRW-Medienpolitik keine Impulse, wie die Digitalisierung für den Medienstandort NRW genutzt werden kann. Warum diese uninspirierte Medienpolitik? Ich glaube, dass dahinter eine Einstellung steht, die Sie immer öfter zutage tragen. Alles, was im Land als unabhängig gilt, erfüllt Sie nämlich mit Furcht. Da schimmert der Drang der Koalition durch, die verschiedenen Bereiche an enge Zügel zu nehmen und den Humus für ein Gängelband zu legen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Ich will hier gar nicht mehr auf die Einrichtung der Stiftung „Vielfalt und Partizipation“ eingehen. Da verstecken Sie sich hinter der scheinbaren Retterkulisse zur Sicherung der Medienvielfalt im Lokalen.

An dieser Stelle halte ich die Initiative der FDP für zweckdienlicher, die mit ihrem entsprechenden Antrag den Weg freimachen will, Recherchejournalismus gemeinnützig zu stellen und darüber neue Modelle zu fördern.

(Beifall von der FDP)

Was auffällt, ist Ihre Regulierungswut im Detail. Die Last-Minute-Schnellveränderung des Landesmediengesetzes NRW im Sommer dieses Jahres war nur ein Zeichen. Da gibt es dann die kalte Abrechnung. Vielleicht sollte man deswegen auch nicht darüber diskutieren dürfen. Beispielsweise ist die Vorschrift, dass der Direktor der Landesanstalt für Medien kein Diplom-Journalist, kein Medienwissenschaftler, kein Sozialwissenschaftler und auch kein Historiker wie der amtierende Direktor sein darf – Regulierungswahn für politische Abrechnung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Vogt, Sie haben hier gerade noch einmal den Bereich Medienkompetenz angesprochen. Da existieren zwar sicher gute Projekte. Insgesamt stellt man aber doch fest, dass es eine teilweise mittelalterliche Ausstattung – so Leo Flamm vom WDR – der Schulen mit Computertechnik gibt. Von den Bandbreiten will ich gar nicht mehr reden. Das ist oft so miserabel, dass man da wohl nicht von einer guten Grundlage zur Förderung von Medienkompetenz sprechen kann. Deswegen lehnen wir den Haushalt auch ab. – Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Schwerd das Wort.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Kreativbürgerinnen und -bürger! Der Medienhaushalt ist mit seinen etwa 20 Millionen € ein Mikrohaushalt, und der Löwenanteil davon fließt vom Land sofort wieder ab – zum einen an das Grimme-Institut und zum anderen an die Film- und Medienstiftung NRW. Viel Staat will die Landesregierung mit diesem Geld also

nicht machen. Dennoch ist manchmal auch das Kleine bezeichnend für das Große.

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung sah vor, die Zuschüsse der Film- und Medienstiftung um 1 Million € zu kürzen, und das, obwohl die FMS in den vergangenen Jahren im Bereich der Förderung der neuen Medien neue zusätzliche Aufgaben übernommen hatte. Immer mehr Aufgaben bei immer weniger Geld – das kann nicht funktionieren. Deswegen kamen Sie auch nicht darum herum, die geplante Streichung zumindest teilweise wieder zurückzunehmen. Der von Rot-Grün eingebrachte Haushaltsänderungsantrag, der zusätzliche 750.000 € ausweist, trägt dem offenbar Rechnung.

Aber wie Sie das Zurückrudern als großartigen Erfolg verkaufen wollen, ist schon ein starkes Stück. Sie schreiben dazu wohlklingend in Ihrer Begründung – ich zitiere –: Die Förderung der Film- und Medienstiftung NRW GmbH soll daher für 2015 verstärkt werden. – Dieses Schönreden ist bezeichnend für das, was Sie uns hier insgesamt vorlegen. Wenn man zuerst 1 Million € streicht und hinterher 750.000 € wieder drauflegt, macht das nach Adam Riese eine Kürzung von 250.000 €. Wo ist da bitte die Verstärkung der Förderung?

(Beifall von den PIRATEN)

Hier kommt – widewidewitt und drei macht neune – eine Erhöhung raus. Sie wollen die Menschen mit Luftarithmetik beeindrucken oder statt mit Pippi Langstrumpf vielleicht mehr mit Archimedes, der meinte: „Es gibt Dinge, die den meisten Menschen unglaublich erscheinen, die nicht Mathematik studiert haben.“

Im Bereich der Förderung neuer Medien und der Kreativwirtschaft möchte ich ein weiteres Thema ansprechen, das bei der Beratung des Wirtschaftshaushaltes heute noch einmal eine Rolle spielen wird. Der größte Teil der Förderung der Kreativ- und Medienlandschaft NRW läuft nämlich nicht über den Medienhaushalt, sondern wird aus den europäischen EFRE-Mitteln bestritten, demnächst also aus dem frisch aufgelegten Programm des Leitmarktwettbewerbs „CreateMedia.NRW“. Mit diesem Programm sollen kreative Unternehmer bei innovativen, nachhaltigen Projekten unterstützt werden, um so den Medienstandort NRW perspektivisch zu stärken.

Theoretisch ist das eine schöne Sache, in der Praxis bin ich gespannt, was das Programm tatsächlich bewirken wird. Denn seien wir ehrlich: In den vergangenen Jahren gab es reichlich Kritik an dieser Art von Programmen – nicht an der grundsätzlichen Ausrichtung, sondern an den bürokratischen Hürden, die die Antragsteller überwinden mussten, um überhaupt gefördert zu werden.

Sie, Frau Ministerin Schwall-Düren, haben zugesagt, dass die Förderung in Zukunft einfacher und unbürokratischer ablaufen wird. Daran werden wir

Sie messen. Wir werden sehr genau beobachten, wie die Umsetzung von „CreateMedia.NRW“ in der Praxis in den nächsten Monaten aussehen wird.

Dabei möchte ich es vorerst bewenden lassen. Der Einzelplan 02 in seiner Gesamtheit ist für meine Fraktion nicht zustimmungsfähig. Wir werden ihn ablehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Meine Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache zum Einzelplan 02. Gemäß der interfraktionellen Vereinbarung wird die **Abstimmung zum Einzelplan 02** nicht jetzt, sondern **nach 14 Uhr** erfolgen. Wir kommen also darauf zurück.

Ich rufe auf:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Weiterbildung

In Verbindung mit:

Pädagogische Qualität der Offenen Ganztagschule stärken und Angebote bedarfsgerecht ausbauen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7408

Ich darf hinweisen auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/7505 zum Einzelplan 05.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Kaiser das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen fallen zusammen mit der Halbzeitbilanz der rot-grünen Landesregierung. Während Frau Ministerin Löhrmann mit der Aneinanderreihung vieler Zahlen Aktivitäten und Handeln belegen will, wird eines jedoch immer deutlicher: Bildungspolitik ist mehr als ein Zahlenpuzzle. Denn was bisher in der Bildungspolitik fehlt, ist eines: klare Zielvorgaben und vor allem klar definierte Standards.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: In welchem Land sind Sie?)

Nach dem Schulkonsens ergibt sich die nordrhein-westfälische Schulpolitik in der Regelung von vielen Details und zeichnet sich eher durch Reaktion als durch Aktion aus.

gierung auf diesem Weg unterstützen; zumindest haben Sie das in einem interfraktionellen Antrag getan. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Zentis das Wort.

Gudrun Elisabeth Zentis (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte kurz zum Bereich der Weiterbildung Stellung nehmen – ein Bereich, den die Opposition hier vollkommen ausgelassen hat.

Die gute Botschaft ist: Es wird nichts gekürzt, trotz des enormen Drucks, im Gesamthaushalt sparen zu müssen. Das heißt, der Landeshaushalt kommt weiterhin seinen Aufgaben aus dem Weiterbildungs-gesetz nach und fördert so ein System des lebenslangen und des lebensbegleitenden Lernens.

Dieses System ist aufgeteilt in unterschiedliche Einrichtungen mit unterschiedlichen Trägern. Weiterbildungseinrichtungen sind die Volkshochschulen der Kommunen ebenso wie die kirchlichen Einrichtungen und die Einrichtungen der freien Träger. Mit verschiedenen Angeboten, einer breiten Palette von Bildungsangeboten in Kursen, Workshops und Informationsveranstaltungen wird die Möglichkeit des lebenslangen Lernens in allen Kommunen unseres Landes sichergestellt.

Jeder, der bei dem Begriff „Weiterbildung“ noch die Assoziation von Schule vor Augen hat, liegt hier falsch. Kreative, innovative Ideen werden immer wieder entwickelt und umgesetzt. Die Mittel werden von den in der Weiterbildung tätigen Lehrenden unseres Landes verantwortungsbewusst eingesetzt. Dafür gebührt ihnen Anerkennung und Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Beispiele dafür wurden uns in der letzten Woche hier im Plenarsaal im Rahmen der Weiterbildungskonferenz vorgestellt. Aus dem Etat der Weiterbildung stehen insgesamt noch 257.000 € für innovative Projekte zur Verfügung.

Weiterbildung leistet aber auch mit dem zweiten Bildungsweg, also dem Angebot zum Nachholen von Schulabschlüssen, einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit im Bildungswesen. Daneben werden auch Mittel aus dem Kapitel „Bildungsfor-schung und Bildungsplanung“ für die Entwicklung eines Berichtswesens, eines Nachweisverfahrens über die Leistungsfähigkeit der Weiterbildung, für Unterstützungsleistungen der Supportstelle Weiterbildung in der QUA-LiS sowie zur Stärkung der Grundbildung zur Verfügung gestellt.

Auf der angesprochenen Weiterbildungskonferenz wurde einhellig begrüßt, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Gudrun Elisabeth Zentis (GRÜNE): ... dass der Konsens beim Berichtswesen erreicht werden konnte.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Als eine besondere Leistung dieser rot-grünen Regierung möchte ich hervorheben, dass es trotz der Kürzung der Mittel im ESF-Fonds gelungen ist, die Mittel für Alphabetisierung und Grundbildung in Höhe von 5 Millionen € weiter zur Verfügung zu stellen. Das breite Bündnis für Analphabetismus zeigt sich als ein Erfolg; ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Gudrun Elisabeth Zentis (GRÜNE): ... mit 18 Regionalstellen wird es zu einer Erfolgsgeschichte des Landes. Daran wollen wir weiterarbeiten. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Zentis. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich die Aussprache zum Einzelplan 05.

Wir kommen erstens zur Abstimmung über den Einzelplan 05. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7505, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen. Wer möchte sich dem anschließen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Piraten, die CDU und die FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 05 in zweiter Lesung angenommen.**

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/7408. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags 16/7408 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend.** Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Möchte sich jemand enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir so verfahren.

Bevor ich den Einzelplan 06 aufrufe, kommen wir zurück zur Abstimmung über den Einzelplan 02. Die Abstimmung darüber haben wir vorhin wegen der Mittagszeit ausgesetzt. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7502, den Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte dem zu-

stimmen? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Einzelplan 02 in zweiter Lesung** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ebenfalls **angenommen**.

Ich rufe jetzt auf den

**Einzelplan 06
Ministerium für Innovation, Wissenschaft und
Forschung**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses hin. Er liegt Ihnen mit Drucksache 16/7506 vor.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Dr. Berger das Wort.

Dr. Stefan Berger (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im vergangenen Jahr habe ich in meiner Rede zum Haushaltsentwurf 2014 noch lobende Worte für den historisch höchsten Haushalt im Wissenschaftsbereich gefunden. Das geht in diesem Jahr leider nicht mehr; denn trotz eines erneuten Rekords bei den Studierendenzahlen – es gibt mittlerweile über 700.000 Studierende in Nordrhein-Westfalen, was sehr schön ist – reduzieren Sie Ihren Haushaltsansatz um fast 200 Millionen €. Wir haben die historisch höchste Zahl an Studierenden, aber nicht den historisch höchsten Wissenschaftshaushalt. Damit ist eigentlich schon der negative Auftakt für die Haushaltsdebatte in diesem Bereich skizziert.

Das hätten Sie abwenden können, denn Sie bekamen mit der Übergabe der BAföG-Gelder ein vorweihnachtliches Geschenk der Bundesregierung. Sie haben aber – das hat die Debatte in den letzten Wochen hier gezeigt – die BAföG-Millionen lieber im Haushalt versickern lassen, als sie den Hochschulen zur Verfügung zu stellen. Damit müssen Sie sich auch vorwerfen lassen, dass Sie den historisch höchsten Haushalt hätten hinbekommen können, wenn Sie es denn gewollt hätten. Das haben Sie aber nicht gewollt, sondern Sie haben der Haushaltspolitik den Vorrang vor der Bildungspolitik gegeben.

Ich ahne, dass Frau Seidl gleich vortragen wird, dass der Haushalt immer noch höher als im Jahr 2010 ist. Sie loben sich ja immer dafür, dass der Haushalt seit 2010 – seit diesem Jahr regiert Schwarz-Gelb hier nicht mehr – um rund 2 Milliarden € zugenommen hat, sagen aber nicht, warum er seit dem Jahr 2010 zugenommen hat.

(Karl Schultheis [SPD]: Weil es mehr Geld gibt!)

– Ja, es gibt mehr Geld. Der Zuruf ist korrekt. Es gibt aber mehr Geld aus dem Hochschulpakt II. Und dieser Pakt wurde 2009 unter einer schwarz-gelben Regierung geschlossen. Im Jahr 2010 standen 112 Millionen € zur Verfügung. Jetzt liegt die Summe bei 714 Millionen €. Das Geld dazu kommt also in allererster Linie aus Berlin.

(Beifall von Dr. Marcus Optendrenk [CDU])

Zweites Beispiel: Das Hochschulmodernisierungsprogramm wurde ebenfalls 2009 beschlossen. Es sah 5 Milliarden € Investitionen vor.

Allein diese beiden Maßnahmen machen für sich allein genommen schon fast 2 Milliarden € aus. Sie lassen sich heute für etwas feiern, was Sie selbst politisch gar nicht entschieden haben. Die politische Leistung von Rot-Grün besteht darin, überall dort die Bändchen durchgeschnitten zu haben, wo die Vorarbeit durch die schwarz-gelbe Landesregierung geleistet worden ist. Das ist die korrekte historische Wahrheit!

(Beifall von der CDU)

Wie sieht es denn jetzt aus? – Politik lebt auch von der Weiterentwicklung. Sie stehen mit den Finanzen im Wissenschaftsbereich noch nicht einmal dort, wo Schwarz-Gelb 2010 aufgehört hat. Ihr Haushalt ist nämlich nicht nur nicht der historisch höchste, er wird noch viel kleiner, wenn man die Bildungsausgaben auf den einzelnen Studenten bezieht. Nach den aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes vom 26. November 2014 sind in keinem einzigen Land in Deutschland die Ausgaben pro Studierenden je Universität so gering wie in Nordrhein-Westfalen. Bei den Fachhochschulen liegt Nordrhein-Westfalen auf dem viertletzten Platz, kurz vor dem Saarland, Bremen und Hamburg. Sie sind also Letzter bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Universitäten und Vierletzter bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Fachhochschulen.

Blicken wir einmal – weil die Grünen auch hier sind – zu Herrn Kretschmann nach Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg bekommt jeder Studierende an einer Hochschule im Durchschnitt 8.100 €, während es in Nordrhein-Westfalen gerade einmal 5.200 € sind. Deshalb kann man nicht – wie es Ihre Kollegin tut – davon reden, dass hier alles super ist und mit diesem tollen Haushalt die Zukunft gemeistert werden kann. Sie sollten mindestens einmal für sich eingestehen, dass Sie am unteren Ende der Skala rangieren.

(Beifall von der CDU)

Ein Grund dafür ist Ihr Verzicht auf Studienbeiträge. Sie haben Qualitätsverbesserungsmittel eingeführt. Die Zahl stagniert. Sie müssen die 249 Millionen € auf immer mehr Köpfe verteilen.

Blicken wir einmal auf die RWTH Aachen, auf die Sie – Herr Schultheis thematisiert das in jeder Ausschusssitzung – zu Recht stolz sind: Sie hat im Win-